

**Kleine Anfrage****Yanki Pürsün (Freie Demokraten)**

Welche konkreten Maßnahmen ergreift die Landesregierung gegen den Fachkräftemangel in der Eingliederungshilfe?

Vorbemerkung:

Ein Mangel an qualifiziertem Personal gefährdet die verlässliche Unterstützung von Menschen mit Behinderungen in Hessen. Die Landesregierung bezeichnet den Personalbedarf in der Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe selbst als hoch. Sie unterstützt derzeit unter anderem Fachkräftecamps zur Berufsorientierung. Im Juni 2026 startete sie zudem eine Kampagne zur Gewinnung von Fachkräften für die Eingliederungshilfe.

Seit dem 1. Juli 2023 gelten in Hessen neue Rahmenverträge für die Eingliederungshilfe. Der Rahmenvertrag 3 führte zu einer umfassenden Umstellung der Leistungs- und Finanzierungsstrukturen. Die Eingliederungshilfekommision ist für die Überprüfung sowie die Weiterentwicklung dieser Regelungen zuständig.

Für eine nachhaltige Fachkräftesicherung reichen zeitlich begrenzte Werbemaßnahmen allein nicht aus. Erforderlich sind verlässliche Ausbildungswege, schnellere Anerkennungsverfahren, praxistaugliche Möglichkeiten zur Nachqualifizierung sowie eine auskömmliche Berücksichtigung der tatsächlichen Personalkosten. Das gilt insbesondere für besondere Wohnformen, in denen eine kontinuierliche Betreuung gewährleistet sein muss.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die Zahl der unbesetzten Fachkraftstellen bei hessischen Leistungserbringern der Eingliederungshilfe zum 30. Juni 2026 vor?
2. Welche quantitative Zielsetzung verfolgt die Landesregierung mit ihrer im Juni 2026 gestarteten Fachkräftekampagne für die Eingliederungshilfe?
3. Anhand welcher messbaren Kriterien bewertet die Landesregierung den Erfolg dieser Fachkräftekampagne?
4. Welche dauerhaften Maßnahmen plant die Landesregierung zur Gewinnung von Fachkräften für die Eingliederungshilfe über die laufende Fachkräftekampagne hinaus?
5. Welche Änderungen der personellen Anforderungen plant die Landesregierung bei der Neufassung oder Verlängerung der Hessischen Betreuungs- und Pflegeaufsichtsverordnung?
6. Welche modularen Nachqualifizierungswege will die Landesregierung für langjährig Beschäftigte ohne anerkannte Fachkraftqualifikation schaffen?
7. Welche maximale Bearbeitungsdauer strebt die Landesregierung bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse für Erzieherinnen, Erzieher, Heilerziehungspflegerinnen oder Heilerziehungspfleger an?
8. Welche zusätzlichen vergüteten Ausbildungsplätze für die Heilerziehungspflege will die Landesregierung bis zum Schuljahr 2027/2028 ermöglichen?

9. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung zur vollständigen Refinanzierung notwendiger Praxisanleitung in der Eingliederungshilfe?
10. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung zur Refinanzierung unvermeidbarer Personalmehrkosten bei kurzfristigen Ausfällen?

Wiesbaden, 29. Juli 2026



Yanki Pürsün